

Präs.: 17. Feb. 1971No. 454/J

A n f r a g e

der Abgeordneten KERN, *Dr. Harder*  
und Genossen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend Subventionsbericht

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 357/J der Abgeordneten Kern und Genossen betreffend den von der Regierung vorgelegten Subventionsbericht (III-27 d.B.) ist am 8. Februar 1971 eingelangt. In dieser Antwort erklärt der Herr Bundeskanzler das Fehlen von Förderungsausgaben im Subventionsbericht unter anderem dadurch, daß der Herr Bundesminister für Soziale Verwaltung Ing. Häuser es abgelehnt hat, verschiedene Subventionen, die in seinem Ressort vergeben wurden, als solche zu akzeptieren; und dies obwohl laut Erlaß des Herrn Bundesministers für Finanzen vom 8.6.1970 (Zahl 106932-I/70) kein Zweifel bestehen konnte, daß Förderungsausgaben (gesetzliche Verpflichtungen, Zuschüsse) als Subventionen anzusehen sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Subventionen sind außer den im Ansatz 1/15304 (Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz, laut Bundesrechnungsabschluß 1969 S 159,999.999) angeführten Beträgen vom Sozialminister entgegen dem Erlaß des Finanzministers

nicht angegeben worden ?

- 2) Wie hoch waren diese Subventionen ?
- 3) Warum wurden die Ansätze 1/64104 (Beiträge zum Anleihendienst der Wohnbaufonds, Zinsen ... 11,511.400 S) und 1/64114 (Beiträge zum Anleihendienst des Wohnbaufonds, Tilgung .... 67,550.000 S) vom Bautenminister entgegen den Richtlinien obigen Erlasses in den Subventionsbericht nicht aufgenommen ?
- 4) Liegt diesem Subventionsbericht ein Regierungsbeschluß zugrunde ?
- 5) Wenn nein, warum heißt er dann Bericht der Bundesregierung ?
- 6) Wenn ja, wie konnte ein einheitlicher Beschluß bei so verschiedenen Auffassungen zum Subventionsbegriff (Unterschiede zwischen den Bundesministern für Finanzen, für Soziale Verwaltung, für Justiz und für Bauten und Technik) zustande kommen ?
- 7) Herr Bundeskanzler, Sie geben in Ihrer Anfragebeantwortung zu, daß eine aussagefähige Studie über die Bevölkerungsschichten, die letzten Endes durch diese Subventionsvergaben echt begünstigt wurden, mit den derzeit vorhandenen Daten nicht erstellbar sei und geben weiters zu, daß die Herausgabe dieses Berichtes mit oder ohne Erläuterungen Anlaß zu Fehlinterpretationen in Zeitungen gegeben hat. Weiters erklären Sie sich, Herr Bundeskanzler bereit, geeignete Unterlagen für die Herausgabe eines aussagefähigen Subventionsberichtes von einem wissenschaftlichen Institut erarbeiten zu lassen.

Warum haben Sie, einen diesbezüglichen Auftrag nicht bereits vor der Herausgabe dieses Subventionsberichtes für das Jahr 1969 erteilt, um dem Parlament einen wirklich aussagefähigen Bericht vorlegen zu können ?